

## Frankreich triumphiert

### *Die Pariser Reaktion auf den Brexit veranlassen zu größten Befürchtungen*

Dass der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union für die politische und ökonomische Integration des Kontinents ein herber Rückschlag ist, braucht man in Deutschland niemanden zu erklären. Obschon häufig schrullig und insular, manchmal auch von einer Egozentrik besessen, die an der Gemeinschaftsfähigkeit zweifeln lässt, stellte Großbritannien doch in 43 Jahren seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und dann in der Europäischen Union einen unverzichtbaren Faktor für *governance by rules* dar. Dieser Faktor entfällt nunmehr und damit auch die Möglichkeit Deutschlands, auf einen Bündnispartner dauernd zuzugreifen, der bei der Verteidigung der Europäischen Union als Rechtsgemeinschaft immer gute Argumente hatte und politisches Gewicht besaß. Die britische, ungebrochene Tradition von Demokratie und Rechtsstaat mit hitzigen Debatten im Unterhaus sogar während des Afrikafeldzugs von *Montgomery* gegen *Rommel* hielt allen europäischen Völkern vor Augen, dass man unter keinen Umständen auf Rechtsstaat und Demokratie als Elemente europäischer Zivilisation verzichten darf. Der Ausgang des Referendums ist so zu werten, wie es die Ergebnisse von Volksbefragungen verdienen. Es wurde nicht nur über die Frage abgestimmt, die dem Volk vorgelegt wird, sondern es wird ein Ventil geöffnet, um Unzufriedenheit abzulassen und natürlich wird auch über die Regierung abgestimmt, die die Frage stellt. Der farblose *David Cameron* war sicherlich für das Anliegen des *remain* die schlechteste Option. Einwanderung, das Gefühl der Überfremdung und besonders die Gewissheit ständiger Gängelung durch einen elitären Politikbetrieb in Brüssel, der meinte, den Briten vorschreiben zu können und zu müssen, was Europa sei, haben letztlich den Ausschlag gegeben. So bezahlt Europa mit dem Rückschlag im europäischen Einigungsprozess jene Rechnung, die man *Juncker* und Co. hätte schicken sollen. Denn diese Brüsseler Majestäten sind

# EuropolIS

mit ihrer europäischen Trunkenheit, ihrem besessenen Zentralismus und ihrer usurpatorischen Herrschaft durch Hinterzimmerpolitik letztlich dafür verantwortlich, dass ein so selbstbewusstes Volk wie die Briten die Exit-Option gezogen hat.

Wie geht es weiter mit der Europäischen Union?

Kaum war der Urnengang vorüber, meldeten sich die französischen Politiker zu Wort. Der bislang als gemäßigt rechts geltende *Bruno le Maire* entwarf sofort seine Vision. Formal bedauerte er natürlich, dass Großbritannien der Europäischen Union den Rücken gekehrt habe. Insgeheim merkte man aber seine unverhohlene Freude über die Änderung der Machtkonstellation auf dem Kontinent. Nun müsse die Europäische Union neu erfunden werden. Und zwar, so fügte er schnell noch hinzu, unter Frankreichs Führung. Denn Frankreich habe das „Europa der Sechs“ geschaffen und damit die Völker der Alten Welt zusammengeführt. Dass über das Ob und Wie der Europäischen Integration nicht nur gerungen wurde, sondern auch so unterschiedliche Meinungen bestanden, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich, dass es auf Seiten fast aller Politiker Unkenntnisse über die Dynamik des rechtlich organisierten Integrationsprozesses gab, wird in Paris nicht gesehen und soll nicht gesehen werden. Die Briten hätten mit ihrem Referendum endgültig gezeigt, dass sie nicht europatauglich sind. Nun müsse Europa zu einer Trutzburg gegen Welthandel, multinationale Unternehmen und ruinösen Wettbewerb ausgebaut werden. Die Argumente eines *Bruno le Maire* für das *reengineering* von Europa sind nahezu identisch mit jenen Argumenten, mit denen *Nigel Farage* seit jeher den Auszug der Briten aus Europa begründet hat. Dies ist Antiliberalismus pur. Dies wäre das Ende jeden Systems offener Märkte. Dies wäre das Ende des Binnenmarkts in Europa und gewiss auch das Ende des freien Kapitalverkehrs. Frankreich triumphiert also und zeigt klammheimliche Freude über den britischen Exitus. Dies ist eine willkommene Gelegenheit, die Machtverhältnisse auf dem Kontinent zu seinen Gunsten zu beeinflussen und die alten ordnungspolitischen Leitideen des merkantilistischen Landes wieder ganz oben auf die Tagesordnung zu

# EuropolIS

setzen. Wird Deutschland dem widerstehen können in einer Situation, in der es auch in Polen europakritische, antiliberalen Kräfte gibt? Jedenfalls wird es nicht möglich sein, die EU als Rechtsgemeinschaft und Binnenmarkt zu verteidigen, ohne dass Deutschland endlich begreift, dass ohne Politik und ohne Europadiplomatie das Land mit den meisten Nachbarn, die Macht in der Mitte, weder wirtschaftlich noch politisch überleben kann.